

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Mai 2011 N° 3
ISSN 1865-701X

Auf der Suche nach einer neuen politischen Agenda

Die französische Linke ein Jahr vor den
Präsidentschaftswahlen

von Rémi Lefebvre



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2011 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Rémi Lefebvre

Auf der Suche nach einer neuen politischen Agenda

Die französische Linke ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen

- Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Frankreich macht die Parti socialiste den Eindruck einer sowohl ideologisch als auch organisatorisch angeschlagenen Partei. Sie hat es nicht vermocht, von der Finanzkrise selbst oder von der durch die Krise ausgelösten Kritik am globalisierten Kapitalismus politisch zu profitieren.
- Das Verfahren der Vorwahlen zur Bestimmung eines Präsidentschaftskandidaten birgt die Gefahren einer Abwertung der Parteibasis und stellt somit das Selbstverständnis der Partei als politischer Schmelztiegel und Ort der Auseinandersetzung in Frage.
- Die PS gibt keine klaren Antworten auf die Frage, die sich angesichts der Debatte innerhalb der eigenen Partei um das Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Umverteilung in einem Kontext stellt, der von der Krise der öffentlichen Finanzen, der Zuspitzung sozialer Ungleichheit und einer zunehmenden Gefahr des sozialen Abstiegs von großen Bevölkerungsschichten geprägt ist.
- Die politische Landschaft im linken Spektrum außerhalb der PS hat sich seit 2007 grundlegend verändert. Trotz der zu erwartenden Konkurrenz im ersten Wahlgang ist ein Zusammenschluss der Linken im zweiten Wahlgang zugunsten des sozialistischen Kandidaten wahrscheinlich.

In Search of a New Political Agenda

The French Left One Year before the Presidential Elections

- In the run-up to the presidential elections in France, the Parti socialiste (PS) gives the impression of a tarnished party in both ideological and organizational sense. The party was not capable of gaining political benefit from the financial crisis itself oder from the criticism on global capitalism caused by the crisis.
- The procedure of primary elections in order to appoint the candidate for the presidential elections carries the inherent danger of degradation of the party base. Thus, it challenges the self-conception of the party as a political melting pot and debating arena.
- The PS does not have any clear answers concerning the internal debate on balance between global competitiveness and social redistribution of wealth. This question is discussed in the context of a crisis of public finances, the aggravation of social inequality and the increasing danger for large sections of the population of losing social status.
- The political scene on the left side beyond the PS has changed dramatically since 2007. Despite the expected rivalry in the first ballot, the parties on the political left are most likely to combine forces in the second ballot in favor of one socialist candidate.

Inhalt

Die Anfälligkeit der Sozialistischen Partei PS	5
Ein ungewöhnliches Verfahren: die Vorwahlen.....	6
Die konfuse ideologische Identität der PS.....	8
Die andere Linke: Veränderungen, Auflösung und Sammlungsbewegungen	11
Bibliografie.....	13
Anmerkungen.....	14

Auf der Suche nach einer neuen politischen Agenda

Die französische Linke ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen

Rémi Lefebvre

Angesichts des starken Popularitätsverlusts der französischen Rechten und des Erstarkens des extrem rechten FN (Front national) veröffentlichte die französische PS (Parti socialiste – Sozialistische Partei) erst kürzlich ihr Programm für die Präsidentschaftswahlen 2012, mit dem sie sich als glaubwürdige politische Alternative zur Regierungspartei UMP (Union pour un mouvement populaire – Union für eine Volksbewegung) darzustellen versucht. Ungeachtet der Erfahrungen der Linken aus den drei letzten verlorenen Präsidentschaftswahlen präsentiert sie sich in der Vorbereitung auf den nächsten Wahltermin erneut uneinig.

Sie hat es nicht vermocht, von der Finanzkrise selbst oder von der durch die Krise ausgelösten Kritik am globalisierten Kapitalismus politisch zu profitieren. Obwohl die PS bei den Kantonalwahlen im März 2011 mit 35,7% der Stimmen im zweiten Wahlgang an erster Stelle rangierte, konnte dieser Sieg der durch Raffaele Simone's Buch *Le monstre doux*¹ in Frankreich ausgelösten Debatte über den »Rechtsruck« der westlichen Gesellschaften kein Ende bereiten. Die Rechte versucht, die öffentliche Debatte zu »ethnisieren«, indem sie auf die Frage des Islam und der Laizität fokussiert, um auf diese Weise soziale Fragen auszuklammern, eine Strategie, die in den einfachen Bevölkerungsschichten durchaus aufgehen könnte.

Die Anfälligkeit der Sozialistischen Partei PS

Für den italienischen Linguisten und Philosophen Raffaele Simone sind die Niederlagen der Linken bei den letzten Wahlen nicht das Ergebnis einer konjunkturellen Entwicklung, sondern stehen für eine tiefe ideologisch-kulturelle Tendenz. In der Tat befinden sich die rechten Kräfte bei Wahlen in zahlreichen europäischen Ländern auf dem Vormarsch: Bei den Europawahlen 2009 erlitten

die Sozialdemokraten eine historische Niederlage, obwohl der Finanzkapitalismus ideologisch angeschlagen schien. Auch auf der anderen Seite des Atlantiks wehte bei den Zwischenwahlen zum amerikanischen Kongress während der Halbzeit der Amtsperiode der Wind von rechts, so dass Barack Obama mit seinen Ideen zurückstecken musste. In gewissen intellektuellen und politischen Kreisen der gemäßigten Linken ist man daher überzeugt, dass die westlichen Gesellschaften von einem »Rechtsruck« erfasst sind. Mit dieser weit verbreiteten These wurde auch der Wahlsieg Nicolas Sarkozys im Jahr 2007 als Phänomen kultureller Hegemonie erklärt. Hatte der neu gewählte Präsident nicht selbst Antonio Gramsci bemüht und sich gebrüstet, die jedem Wahlsieg vorausgehende kulturelle Schlacht gewonnen zu haben?² Der Diskurs über die Rechtswende in der Gesellschaft fällt in einem Teil der gemäßigten Linken (Mitte links) auf fruchtbaren Boden, denn er nimmt den Organisationen der Linken die ideologische Verantwortung für die kulturelle Schwächung linker Werte ab und rechtfertigt die Neuorientierung ihres Diskurses auf die Herstellung einer stärkeren Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung. Diese fatalistische und politisch gelenkte Diagnose birgt die Gefahr, eine gewisse politische Entsagungshaltung zu fördern und die intellektuelle Abrüstung der Linken zu verstärken.

Ungeachtet der zahlreichen Wahlsiege der PS auf kommunaler Ebene seit 2002, die ihre Rolle als Partei lokal verwurzelter Abgeordneter noch verstärkt haben, bleibt sie anfällig und instabil. Lange Zeit stand sie sowohl innerhalb der Linken als auch im gesamten politischen Raum unter der Herrschaft anderer. In den sogenannten »dreißig glorreichen Jahren« von 1945 bis 1975 war sie von der Französischen Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF-FKP) ins politische Abseits gedrängt worden. Danach blieb sie zwischen 1958 und 1981 von der politischen Macht ausgeschlossen. Erst mit

François Mitterrands Einheitskandidatur zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1974 wurde sie zur dominierenden Partei der französischen Linken. Innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre wurde Frankreich fünfzehn Jahre lang von Sozialisten regiert (1981–1986, 1988–1993 und 1997–2002). Bei Wahlen dagegen erwies sich die Sozialistische Partei als unfähig, mit Ergebnissen aufzuwarten, die mit denen ihrer sozialdemokratischen Partnerparteien in Europa vergleichbar wären. Während Letztere im Allgemeinen 30 bis 40% der Wähler auf sich vereinen, erreicht die PS bei Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang im Normalfall etwa 20% und konnte seit 1995 keine einzige Präsidentschaftswahl mehr gewinnen.

Die Erklärung dafür ist vor allem die nach wie vor starke Konkurrenz im linken Spektrum, denn nach dem Niedergang der Kommunistischen Partei ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren die wieder erstarkten trotzkistischen, extrem linken Kräfte an ihre Stelle getreten. In Wirklichkeit ist die Wahlsituation der Sozialistischen Partei komplexer geworden: Die neuen unteren Bevölkerungsschichten zu vertreten, gelingt ihr nicht, und dem Mittelstand, in dem sie immer mehr ihren traditionellen Rückhalt verliert, fühlt sie sich nicht mehr wirklich verbunden.

Im Gegenzug wird sie bei Wahlen zunehmend von leitenden Angestellten und Angehörigen höher gestellter, intellektueller Berufe unterstützt, deren soziale Interessen zu verteidigen sie jedoch nicht die Absicht hat.³ Die Sozialistische Partei macht den Eindruck einer nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch geschwächten Partei: Aufgrund einer schwächer werdenden intellektuellen Reflexion und der Absage der Akademiker an die Partei kommt es zur Entideologisierung; die Strömungen, die zu vorübergehenden Koalitionen zur Verteidigung lokaler Interessen umfunktioniert wurden, sind immer weniger in der Lage, die parteiinterne Konkurrenz zu strukturieren und lösen sich auf; die lokalen Entscheidungsträger und Abgeordneten haben großes Gewicht, was die zentrale Autorität schwächt; das Engagement der Parteimitglieder geht zurück und die Medien setzen auf die Instrumentalisierung bestimmter Persönlichkeiten (manche Mitglieder wie z. B. Manuel Valls führen

kritische und provokante Reden, um die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu lenken).⁴

Ein ungewöhnliches Verfahren: die Vorwahlen

Im Oktober 2011 wird im Rahmen der »Vorwahlen« der sozialistische Kandidat und nicht wie ursprünglich vorgesehen der Kandidat einer erweiterten Linkskoalition für die nächsten Präsidentschaftswahlen ermittelt werden. Dass dieser ziemlich späte Zeitpunkt gewählt wurde, hängt im Wesentlichen mit taktischen Erwägungen zusammen: Kandidaten können bis Mitte Juli 2011 angemeldet werden, was Dominique Strauss-Kahn die Möglichkeit geben sollte, so lange wie möglich Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu bleiben.⁵ Diese neue Art der Kandidatenaufstellung wird von ihren Befürwortern als eine Möglichkeit gesehen, zunächst die heikle Frage der Parteiführung zu entscheiden, die Partei von allen Spaltungsversuchen zu befreien und die Legitimität des künftigen Kandidaten auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die tonangebenden Medien preisen diese Vorwahl als eine Form der Demokratisierung, da den Sympathisanten ein Mitspracherecht eingeräumt wird, das bisher das Vorrecht der Parteimitglieder war. Dieses neue Verfahren trägt jedoch zu einer noch stärkeren Personalisierung der öffentlichen Debatte bei und entwertet das politisch aktive Engagement. Darüber hinaus steht sie für eine klare Präsidentialisierung der PS, indem sie die Parteiführer bestimmt, noch bevor sie ihre ideologischen bzw. programmatischen Entscheidungen getroffen hat. Auf diese Weise passt sich die PS bis in ihre inneren Funktionsweisen hinein der Präsidentialisierung der Fünften Republik an, die sie früher zu unterlaufen versuchte und die in den letzten Jahren durch Nicolas Sarkozy noch verstärkt wurde. Aus all diesen Gründen schienen die innerparteilichen Vorwahlen ein Verfahren zu sein, das sich für die Lösung der Krise der PS geradezu anbot.⁶

Die Vorwahlen verstärken eine Tendenz, die sich in der PS schon bei den Präsidentschaftswahlen 2007 abgezeichnet hatte. Damals war es zum ersten Mal zu einem Abgleiten in die Meinungsdemokratie und zu einer Schwächung der Parteibasis gekommen

war. Von den Medien als zur Präsidentschaftskandidatin geeignete Persönlichkeit gekürt, hatte sich Ségolène Royal in der öffentlichen Meinung durchgesetzt, noch bevor die Parteimitglieder sie ernannt hatten. Sie hatte die PS weit umgangen und den Apparat der Partei ebenso wie deren »Elefanten« disqualifiziert. Obwohl Meinungsumfragen an sich keine Voraussagen auf künftige Wahlsiege erlauben, konnte sich Ségolène Royal doch durch den Glauben der Meinungsforscher an ihre Fähigkeiten durchsetzen: Nur sie sei in der Lage, Nicolas Sarkozy zu schlagen. Hinzu kam, dass 2006 die Mitgliederbasis, die den Kandidaten zu bestimmen hatte, erweitert worden war, denn einige Monate vor den Vorwahlen hatte man mit einem 20-Euro-Angebot 80 000 neue Mitglieder gewonnen. Diese Beitritts-welle betrachteten die ideologisierten Altmitglieder als eine Verwässerung der kampferprobten Parteibasis und als eine Form des politischen Konsumdenkens. 2011 bedarf es noch nicht einmal mehr eines 20-Euro-Beitritts, um sich am Vorwahlprozess, der auf alle Sympathisanten erweitert wurde, teilzunehmen, sondern es genügen ein Euro und die Unterzeichnung einer Erklärung zur Verteidigung der »Werte der Linken«, um in die Wahllisten eingetragen zu werden. Mehrere Millionen Wähler könnten sich nunmehr an den Vorwahlen beteiligen (ein Viertel der Franzosen zeigt sich an dem Verfahren interessiert), denn die Partei hat zwar relativ wenige Mitglieder (etwa 150 000, die Zahlen sind umstritten), ist jedoch in den Kommunen sehr präsent. Unter diesen Bedingungen stellt die Organisation dieser in Frankreich bislang einmaligen Vorwahlen eine echte logistische Herausforderung dar.

Die Vorwahlen konnten sich als Mittel zur Problemlösung durchsetzen, da seit 2007 das legitime Bedürfnis, die Probleme in der PS offen anzusprechen, immer stärker wurde. Angesichts der Verschärfung der internen Spannungen und der Unfähigkeit der Partei, sie zu lösen und eine Führung zu bestimmen, setzte sich die Idee offener Vorwahlen nach und nach durch. Der Ausgang des Parteitages von Reims im November 2008 mit der umstrittenen und angefochtenen Wahl Martine Aubrys zur Vorsitzenden einer zerstrittenen Partei bestätigte die vorherrschende Diagnose: Die PS leidet vor allem unter dem Kampf verschiedener Egos. In einem solchen Kontext sind die Spielregeln von

grundlegender Bedeutung. Nach dem Einbruch bei den Europawahlen im Juni 2009 wurden die Vorwahlen das wichtigste Diskussionsthema auf der Agenda der Partei.

Im August 2009 veröffentlichten Olivier Ferrand, Präsident von Terra Nova, einem der PS nahestehenden Think-Tank, und Arnaud Montebourg, Nationalsekretär für die Erneuerung der Partei, einen Essay, in dem sie für Vorwahlen in der Partei plädierten.⁷ Ihre Argumente stießen bei den traditionellen Parteien auf Kritik: »Keiner stellt mehr die Tatsache in Frage, dass eine allein durch Parteimitglieder verliehene Legitimität nicht mehr ausreicht.«⁸ Die offenen Vorwahlen sollen der Logik des »Untersichbleibens« ein Ende bereiten und den Horizont erweitern, auch wenn damit de facto auf die Perspektive einer aktiveren Parteibasis verzichtet wird. Das italienische und das amerikanische Beispiel werden ins Feld geführt, denn Barack Obama hatte die Wahlen in den Vereinigten Staaten gewonnen, und auch die italienischen Vorwahlen waren in der Bevölkerung ein großer Erfolg. Am 1. Oktober 2009 wurde der Vorschlag, Vorwahlen durchzuführen, von 68% der Parteimitglieder gebilligt, was insofern einen hohen Prozentsatz darstellt, als sie in gewisser Weise für ihre eigene Entmachtung stimmten: Die Festlegung auf einen Kandidaten war von nun an nicht mehr wie bisher ihr Vorrecht. In der Partei erhoben nur sehr wenige Mitglieder ihre Stimme (u. a. Michel Vauzelle, Paul Quilès), um vor einer noch tieferen Spaltung der Partei und vor einer Überpersonalisierung der Debatte zu warnen. Auch wurde die Frage nach der Vereinbarkeit mit dem im Mai 2011 zu verabschiedenden Programm der PS gestellt: Wird dem durch die Vorwahlen ermittelten Kandidaten nicht eine Legitimität verliehen, die es ihm durchaus ermöglicht, sich vom beschlossenen Parteienprogramm zu entfernen?

Gegenwärtig werden die Vorwahlen durch zahlreiche Unwägbarkeiten belastet. Vier wichtige Kandidaten haben ihre Teilnahme bis heute angekündigt. Manuel Valls vom rechten Parteiflügel und Arnaud Montebourg sind die beiden Außenseiter unter ihnen. Es handelt sich dabei zwar um bekannte und in den Medien präsente Kandidaten, die jedoch innerhalb der Partei über keine feste

Basis verfügen. Ségolène Royal ist zwar bekannter, ihr Rückhalt in der Partei wie auch in der öffentlichen Meinung ist jedoch geschwächt. François Hollande, der von 1997 bis 2008 Erster Sekretär der PS war und dessen Bilanz an der Spitze der Partei für ihn nicht positiv zu Buche schlägt, hat sich mit Themen wie Jugend, Steuerreform und Kampf gegen den Schuldenberg ein politisches Image aufgebaut. In der öffentlichen Meinung ist er dadurch zwar in der Achtung gestiegen, doch wird er bei den Vorwahlen wohl kaum kandidieren, falls Dominique Strauss-Kahn (DSK) sich doch noch zur Wahl stellen sollte.

Martine Aubry und Dominique Strauss-Kahn haben sich verpflichtet, nicht gegeneinander anzutreten, wobei den Umfragen gemäß DSK in der Gunst der Wähler vorne lag: Allen Voraussagen zufolge hätte er im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen mit 55% gewonnen. Bis jetzt hat jedoch keiner von beiden seine Absicht auf eine Kandidatur öffentlich erklärt. Martine Aubry kann für sich in Anspruch nehmen, die Partei nach dem katastrophalen Parteitag von Reims wieder funktionsfähig gemacht zu haben. Sie kontrolliert den Parteiapparat und gilt als äußerst glaubwürdig, doch ob sie Anspruch auf das Präsidentenamt erheben wird, ist nicht sicher. Dominique Strauss-Kahn seinerseits hatte lange gezögert, sich ins Kampfgetümmel zu stürzen. Er hatte versucht, auf der Grundlage der Umfragen so viel politisches Kapital anzuhäufen, dass er als der natürliche Kandidat der PS erschien, mit den größten Aussichten, Nicolas Sarkozy zu schlagen. Seine große Popularität hing – bis Mai 2011 – weitestgehend mit seiner Distanz zum politischen Leben Frankreichs und seiner unfreiwilligen Schweigsamkeit zusammen, die ihn in Wirklichkeit schützt (seine Funktion beim IWF verbot es ihm, sich zur französischen Politik zu äußern). Mit seiner eher sozial-liberalen ideologischen Identität befürchtete er jedoch, dass die Vorwahlen ihm schaden könnten. Jean-Luc Mélenchon, Kopräsident der neuen Linkspartei (PG), hat davor gewarnt, dass DSKs Kandidatur eine Provokation und nicht dazu angetan sei, die Linke zu vereinen. Seine Anklage stellt die Verhältnisse allerdings auf den Kopf. Es erscheint im Moment unwahrscheinlich, dass DSK kandidieren wird, was wiederum die Möglichkeit einer Kandidatur von

Martine Aubry oder François Hollande ins Spiel bringt.

Wie werden die Vorwahlen verlaufen? Wird es eine wirkliche Konkurrenz zwischen den Kandidaten geben? Wird es der Parteiapparat schaffen, diese Wahlen entsprechend zu steuern und in friedliche Bahnen zu lenken? Werden ideologische Alternativen diskutiert und einander gegenübergestellt? Wie stark wird die Personalisierung der Debatte ausfallen? Die kommenden Monate werden auf diese Fragen eine Antwort geben, doch schon heute steht fest, dass das gewählte Verfahren von einer ausgesprochenen Abwertung der Parteibasis, einer veränderten Parteiorganisation und der Neudefinierung der politischen Gangart begleitet werden wird. Die Sozialistische Partei ist entfernter Erbe einer aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Parteitradition, die dem Engagement ihrer Aktivisten einen hohen Stellenwert einräumte und zur politischen Emanzipation ihrer Mitglieder an vorderster Front der Gesellschaft beitragen wollte. Diese Konzeption der Partei als politischer Schmelztiegel, als Ort der Auseinandersetzung, der Bildung und der Mobilisierung, steht heute nicht mehr hoch im Kurs, da dem engagierten Mitglied seine traditionellen Vorrechte in gewisser Hinsicht abhanden gekommen sind.

Die konfuse ideologische Identität der PS

Die PS wird oft als die am weitesten links stehende sozialdemokratische Partei in Europa bezeichnet, und manche Analysten sind der Meinung, dass sie ihr »marxistisches Über-Ich« noch nicht ganz abgelegt hat. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Europas im Vorfeld der Europawahlen im Juni 2009 bestärkten diese These eher noch. Der »Linksrealismus«, den der Jospinismus (von Lionel Jospins Namen abgeleitet) für sich beansprucht, versucht seit 1995, den sozialistischen Diskurs ideologisch zu erneuern, der den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft ausgesetzt ist. »Ja zur Marktwirtschaft, Nein zur Marktgesellschaft« (Mai 1998) lautete das etwas verschwommene Credo des sozialistischen Premierministers von 1997 bis 2002. »Die Wirtschaft

produziert zwar Reichtümer, doch sie produziert keine Werte, keine Projekte, keine Solidarität, keinen Sinn« (Mai 1998), lautete seine These. Diese Haltung diene als einfache soziale Begleitung des Liberalismus, sagen die einen, während andere von einer voluntaristischen Regulierung des Liberalismus sprechen. Die Wahlniederlage von 2002 und ihre Analyse sowie die anschließende Debatte zum europäischen Verfassungsvertrag, in der sich die Sozialisten nicht einig waren, stürzten sie erneut in eine kollektive Nabelschau und brachten die Risse wieder zum Vorschein, die die verschiedenen Parteitage und internen Wahlen nicht zu schließen vermocht hatten.

Während der Wille zu einer tiefschürfenden Veränderung der Gesellschaft noch immer zahlreiche Sozialisten zusammenschweißt, kommt gegenwärtig die sozialdemokratische Erneuerung (die Politik der »kleinen Schritte« gegenüber der Politik des »Großen Abends«, um mit Dominique Strauss-Kahn zu sprechen) nicht so recht voran. Die PS ist nach wie vor zerrissen zwischen einem durch den Weggang Jean-Luc Mélenchons geschwächten linken Flügel und einem stärker sozial-liberal ausgerichteten, von Bertrand Delanoë oder DSK verkörperten rechten Flügel. Die rechte Strömung hatte nach 2007 die Oberhand gewonnen, büßte jedoch nach der Finanzkrise von 2008, die eindeutig dazu beigetragen hatte, den Schwerpunkt der Partei nach links zu verlagern, an Kraft ein. Mit derartigen zögerlichen Positionen innerhalb der eigenen Partei gibt die PS keine klare Antwort auf die Frage des Gleichgewichts zwischen »Realismus« und sozialer Umgestaltung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Umverteilung in einem Kontext, der von der Krise der öffentlichen Finanzen, der Zuspitzung sozialer Ungleichheit und einer zunehmenden Gefahr des sozialen Abstiegs geprägt ist.

So wie sich das sozialistische Programm gegenwärtig abzeichnet, wird es diese Ambivalenzen widerspiegeln und mehrere, sogar einander widersprechende Lesarten zulassen. Es bezieht sich auf etatistische sozialdemokratische Quellen und integriert Umweltprobleme ebenso wie »gesellschaftliche« Themen, die wie z. B. die Rechte der Homosexuellen dem kulturellen Liberalismus entnommen sind. Auch wenn die französischen Sozialisten die

Marktwirtschaft anerkennen, betrachten sie doch das liberale System als ungerecht und ineffizient: Anstatt eine gerechte Verteilung des Wohlstands zu bewirken, schaffe es Ungleichheit und allgemeine Konkurrenz, mit dem Ergebnis der Fragmentierung der Gesellschaft, deren Auswirkungen von staatlicher Hand korrigiert werden müssen. Die im ökonomischen Bereich erklärten Ziele der PS lauten demzufolge Marktregulierung, Kampf gegen Ungleichheit und Umverteilung des Wohlstands. In dieser Perspektive muss der Staat sowohl Bewahrer (der sozialen Rechte) als auch Erneuerer (Erhöhung des Forschungsbudgets) sein. Er darf nicht den Markt ersetzen wollen, sondern muss ihm einen Rahmen geben (wie weit die legitime Einmischung gehen soll, muss noch definiert werden), um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Kampf gegen Ungleichheit, Wachstum und ein hohes Maß an sozialer Absicherung miteinander zu kombinieren.

Die Steuerpolitik wird zweifellos eine der zentralen Herausforderungen bei den Wahlen 2012 sein, sie stellt den anerkanntermaßen wichtigsten Hebel für ein gerechteres Wachstumsmodell dar (Zusammenfassung von Einkommenssteuer und CSG,⁹ Abschaffung des Spitzensteuersatzes [bouclier fiscal],¹⁰ Reformierung des Steuerprinzips auf Kommunalebene. In der Frage der Kaufkraft setzen die Sozialisten nach wie vor auf den wirtschaftlichen Aufschwung, in diesem Bereich sind ihre Vorstellungen jedoch noch unklar. Ausgehend von der Feststellung, dass der globalisierte Finanzkapitalismus den auf nationaler Ebene gesetzten Rahmen und die auf dieser Grundlage geschlossenen sozialen Kompromisse unterminiert, wird von ihnen angestrebt, den Einfluss des Staates durch eine Erneuerung des sozialen Dialogs auszuweiten. Gleichzeitig lehnen sie jedwede ökonomische Fatalität ab, sprechen sich für eine internationale Öffnung aus und fordern von Europa eine politische Antwort, die durch den Aufbau einer stärker integrierten und wirtschaftspolitisch entschiedener agierenden Union gegeben werden muss.

Dieses Projekt lehnt sich an eine Gesellschaftsvision an, in der es keine genauen Kräfteverhältnisse gibt: Die Sozialisten verurteilen die sich verstärkende Ungleichheit, ohne genau zu benennen, wer unter ihr zu leiden hat, sie verurteilen Privilegien,

ohne klar zu sagen, wer von ihnen profitiert. Die PS deklariert Prinzipien, ohne daraus politische Implikationen abzuleiten. Die Gegner werden identifiziert (der Ultraliberalismus, die Merkantilisierung, der Kommunitarismus, die Absicht, das französische Sozialmodell zu zerstören, und der damit zusammenhängende Niedergang Frankreichs) und es werden Werte eingefordert (»echte« Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Effizienz, öffentlicher Dienst). Die Themen Bildung und Jugend werden zur Priorität erklärt.¹¹ Angesichts der kommunitaristischen Gefahr wird das laizistische Prinzip als Bestandteil der französischen sozialistischen Identität bestätigt und erneut die Notwendigkeit hervorgehoben, das Interesse der Allgemeinheit über die Partikularitäten zu stellen. Schließlich will die Sozialistische Partei den Parlamentarismus stärken und das politische Leben erneuern (insbesondere durch eine Begrenzung der Ämterhäufung), obwohl sie die Machtbefugnisse des Präsidenten der Republik nicht wirklich in Frage stellt.

Martine Aubry hat versucht, die ideologische Identität der PS um den aus dem angelsächsischen Feminismus stammenden Begriff des »care«, den man mit »Fürsorge« oder »sich sorgen« übersetzen kann, zu erweitern. Das »care«-Konzept wurde im April 2010 gestartet und sollte einen Beitrag zu dem Versuch der »ideologischen Rückeroberung« der Sozialisten mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 leisten. Im Zuge dieser Kampagne stellte Martine Aubry der »Wohlstandsgesellschaft« eine Gesellschaft gegenüber, »in der man alles haben muss«, in der »durch den Konsumzwang die Mehrheit verarmt, eine Minderheit sich bereichert und letztlich alle verlieren.«¹² Ihr geht es darum, »in einer befriedeten Gesellschaft zu leben und sein Leben durch einen tatsächlichen Zugang zu Bildung, Wohnung, Gesundheit und dauerhafter Arbeit meistern zu können.«¹³ Die Ethik des »care« besteht in einer radikalen moralischen Veränderung, denn sie konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf das normale Leben als politisches Objekt. Dieser Schritt vom Privaten zum Öffentlichen und vor allem die Legitimierung des Privatbereichs als politisches Objekt bilden die Kernaussage dieses neuen Ansatzes. Mit dem Streben nach einer postmaterialistischen Gesellschaft, die den Menschen und ihrer

sozialen Einbindung größere Aufmerksamkeit widmet, wurde das Konzept des »care« von der französischen Rechten und der Presse als eine Vision der Gesellschaft kritisiert, die übertrieben moralisch sei bzw. die Menschen »bemuttert« oder die den Klassenkonflikten, die die Gesellschaft nach wie vor prägen, nicht genügend Raum gebe. Gleichzeitig kann dieses neue Konzept auch eine Chance sein, das alte Ideal der sozialen Solidarität wieder aufleben zu lassen. Doch schon ein Jahr nach dem Start dieses Konzepts findet man es im sozialistischen Programm nur noch ganz versteckt.

Die Sozialistische Partei hat nach wie vor große Mühe, eine politische Strategie zu definieren, die sich auf ein neues Bündnis der sozialen Klassen gründet. Bei Erscheinen seines Buchs *Droit d'inventaires*¹⁴ hatte François Hollande in einem Gespräch erklärt: »Wir waren die ersten, die die Fragmentierung der Arbeitswelt gesehen und auf die Individualisierung der Verhaltensweisen und die angespannten zwischenmenschlichen Beziehungen aufmerksam gemacht haben. Wir haben sehr wohl gesehen, dass der Klassenkampf hinter den Kampf gegen den sozialen Abstieg zurücktrat und dass der Feind nicht mehr der von oben, sondern der von der Seite bzw. von unten war.«¹⁵ In der Konfrontation mit der Rechten, die die Arbeitnehmer zu spalten und die verschiedenen Gesellschaftsschichten gegeneinander auszuspielen versucht, hat es die Linke noch nicht vermocht, neue kollektive Interessen ins Spiel zu bringen bzw. neue Verteilungskompromisse zwischen den sozialen Bevölkerungsschichten zu erreichen. Auf geografischer wie auch sozialer Ebene zeichnet sich jedoch eine breite mehrheitliche Koalition für die Linke ab, die sowohl einfache Bevölkerungsschichten als auch die in Angst vor dem sozialen Abstieg lebende Mittelschicht sowie das neu entstehende intellektuelle Prekariat usw. in sich vereinen könnte. Diese Koalition ist jedoch rein potenzieller Natur und setzt ein hohes Maß an politischer Arbeit zur Solidarisierung und äußerst komplexen symbolischen Vereinigung voraus. Denn zwischen den Wählern der einfachen Bevölkerungsschichten und der Welt der Linksinтеллекuellen mit ihren »Eliten«, die oftmals einen gewissen sozialen Rassismus pflegen,¹⁶ verläuft ein tiefer »kultureller« Graben. Die Rechte zielt mit ihrem antiintellektuellen Diskurs genau

auf diese symbolische Kluft: Die »verbürgerlichte und arrogante« Linke habe »die Arbeiter« verraten, hatte Sarkozy in seiner vergangenen Präsidentschaftskampagne erklärt.¹⁷ Ein kurzer Blick auf die zwar relative, aber doch reale Rechtswende in der Lehrerschaft genügt, um zu ermessen, wie tief der Graben ist.

In zahlreichen Ländern Europas (skandinavische Länder, Italien, Frankreich u. a.) bietet die Rechte neue soziologische Bündnisse und Zielstellungen an, die es schaffen, begüterte Wähler mit den Wählern eines Teils der einfachen Bevölkerungsschichten in der gleichen Wahlentscheidung zusammenzubringen. Die Linke hingegen hat große Schwierigkeiten, ihre Idee von einer sozialen Mehrheitskoalition umzusetzen, die im Ergebnis einer gemeinsamen Gesellschaftsanalyse entstehe. Die eigene Abstiegsangst bewirkt, dass man die anderen meidet, vor allem wenn sie der direkt darüber liegenden sozialen Kategorie angehören. In den komplexen demokratischen kapitalistischen Gesellschaften kann die Linke nicht mehr nur eine einzige gesellschaftliche Klasse vertreten. Sie muss »Äquivalenzketten« bilden, Bündnisse um Schlagwörter schmieden, die heterogene soziale Forderungen in sich vereinen, Gruppen bilden, die nach den Worten des Philosophen Jean-Claude Monod nicht mehr »aufgrund einer bedingten Identität, sondern durch ihre Forderungen und Bestrebungen zusammenfinden«.¹⁸ Das Programm der Sozialisten versucht, derartige neue Allianzen zu bilden, deren Konturen sind allerdings nach wie vor recht unscharf.

Die andere Linke: Veränderungen, Auflösung und Sammlungsbewegungen

Die politische Landschaft im linken Spektrum außerhalb der PS hat sich seit 2007 mit der Entstehung der von Jean-Luc Mélenchon geführten Parti de gauche (Linkspartei), dem Vormarsch der ökologischen Bewegung und der Gründung der neuen Organisation Europe Ecologie-Les Verts, der relativen Schwächung der PCF, die sich mit der Linkspartei in der Linksfront zusammengeschlossen hat, und der relativen Passivität der extremen Linken

(die mit der Gründung der Neuen antikapitalistischen Partei (Nouveau parti anticapitaliste – NPA) Olivier Besancenots verbundenen Hoffnungen wurden enttäuscht¹⁹) grundlegend verändert. Die Linke gibt nach wie vor ein Bild der Fragmentierung und Zersplitterung ab, und es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich im ersten Wahlgang der nächsten Präsidentschaftswahlen 5 oder 6 Linkskandidaten zur Wahl stellen, auch wenn in den Umfragen das Gespenst eines erneuten »21. April 2002« herumgeistert.

Auf Initiative der Abgeordneten Jean-Luc Mélenchon und Marc Dolez, die im November 2008 die Sozialistische Partei wegen ihres »Rechtsrucks« verlassen hatten, wurde am 1. Februar 2009 die Linkspartei gegründet. Oskar Lafontaine nahm an der Gründungsveranstaltung teil, was davon zeugt, dass die deutsche Partei Die Linke ein Vorbild für die französische Linkspartei darstellt. Diese Organisation vereint Persönlichkeiten und Gruppierungen verschiedener politischer Traditionen und steht für einen »sozialistischen, ökologischen und republikanischen« Parteikurs. Die Linkspartei hat sich mit der Kommunistischen Partei Frankreichs und der aus der Revolutionären kommunistischen Liga hervorgegangenen Einheitslinken in der Linksfront zu einem Bündnis zusammengeschlossen, die sich das Ziel setzt, die verschiedenen antiliberalen und antikapitalistischen Strömungen der »anderen Linken« zu vereinen, um die von der Linken vernachlässigten unteren Bevölkerungsschichten, ihre natürliche Wählerschaft, zu mobilisieren.

Die ideologische Zielstellung besteht in der »Überwindung« des Kapitalismus durch eine »Bürgerrevolution«, die die demokratischen Institutionen und das allgemeine Wahlrecht respektiert. Das unterscheidet die Linkspartei von der extremen Linken, die stärker auf eine Mobilisierung durch politische Bewegungen setzt. Es geht ihr darum, »das sozialistische Ideal neu zu formulieren, um den Kapitalismus hinter sich zu lassen«, »eine gerechte Verteilung des Reichtums« anzustreben, die »Volksouveränität« wieder herzustellen sowie das kapitalistische System und produktivistische Modell zu »überwinden«, indem eine »andere Entwicklung« eingeleitet wird (Einführung einer ökologischen Planung, um einen Übergang zu diesem System

zu ermöglichen).²⁰ In organisatorischer Hinsicht definiert sich die Linkspartei als eine »offene und demokratische politische Partei der breiten Volksbildung, die theoretische Arbeit mit praktischem Handeln verbindet«. Die Linkspartei, die nach eigenen Angaben im Dezember 2009 6000 Mitglieder und im November 2010 8000 Mitglieder zählte, stützt sich auf einen Kern hochpolitisierter Mitglieder. Während sie sich anfangs im Wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Partei zusammensetzte, gewinnt sie heute Zulauf unter Gewerkschaftern, die bisher keine Partei für ihr politisches Engagement gefunden haben, und unter Einzelpersonen, die in den letzten zehn, zwanzig Jahren keiner politischen Organisation mehr angehörten.

Am 18. November 2008, also wenige Monate vor den Europawahlen, gaben die Linkspartei und die Kommunistische Partei offiziell ihr als »Partnerschaft« bezeichnetes Bündnis im Rahmen einer »Linksfront« für ein anderes, demokratisches und soziales Europa, gegen die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags und die gegenwärtig geltenden europäischen Verträge bekannt. Sie erklärten, dass diese Front »allen Parteien, die sich in der Kampagne für ein »Nein« zum Entwurf des europäischen Verfassungsvertrags engagiert hatten«, offen stehe und riefen die Neue Antikapitalistische Partei, die Republikanische Bürgerbewegung (*Mouvement républicain et citoyen* – MRC) Jean-Pierre Chevènement und Die Alternativen auf, sich ihrem Bündnis anzuschließen. Die NPA lehnte dieses Angebot jedoch mit der Begründung ab, dass im Rahmen einer Präsidentschaftswahlkoalition oder eines gemeinsamen Wahlprogramms sowieso nur ein Bündnis mit der PS in Frage käme, was die extreme Linke als Perspektive ablehnt.

Jean-Luc Mélenchon hat sich in den Medien großes Gehör verschafft, indem er die legitimen Grenzen eines Politikers überschritt und seine Angriffe auf die »Eliten« der Medien, der Wirtschaft und der Politik konzentrierte. Sein Buch war im Übrigen ein großer Erfolg.²¹ Seine Medienauftritte bringen ihm den Vorwurf des »Populismus« ein, was nicht überrascht. Jean-Luc Mélenchon wird mit ziemlicher Sicherheit der Präsidentschaftskandidat der Linksfront bei den nächsten Wahlen sein, was von den

Kommunisten nicht ohne Vorbehalte akzeptiert wird, denn sie misstrauen einem ehemaligen Sozialisten, der sich ganz offensichtlich des ungeachtet der Wahlniederlagen nach wie vor starken kommunistischen Parteiapparats bedienen will.

Die Kommunistische Partei, die gegenwärtig etwa 10 000 Abgeordnete zählt (auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften) und 500 Kommunen unterschiedlicher Größe leitet, darunter in 89 Städten mit mehr als 9000 Einwohnern, hat ihre Identitätskrise noch nicht überwunden. Sie schwankt zwischen einer Annäherung an die extreme Linke, die von der sehr antisozialistischen Parteibasis unterstützt wird, und ihren Wahlinteressen als »Abgeordnetenpartei«, die sie zur Fortsetzung des Bündnisses mit der PS zwingen. Die Funktionsweise und die Zukunftsfähigkeit der Kommunistischen Partei hängen heute insbesondere in finanzieller Hinsicht von ihren gewählten Vertretern ab, deren Beiträge im Haushaltsjahr 2007 mehr als die Hälfte der finanziellen Ressourcen der Partei ausmachten (fast 17 Millionen von insgesamt 32 Millionen).²² Demgegenüber stehen 3 Millionen Euro Mitgliedsbeiträge und 3,7 Millionen Euro öffentliche Finanzierung. Die PCF kann darauf hoffen, ihre regionalen Positionen durch ein respektables Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen zu halten, sie läuft jedoch Gefahr, von der Linkspartei instrumentalisiert oder gar geschluckt zu werden.

Die ökologische Bewegung hat als weitere Formation der französischen Linken seit 2007 Wahlerfolge erzielt und wichtige organisatorische Veränderungen durchlaufen. Nach den Kommunalwahlen von 2008 hatte Daniel Cohn-Bendit die allen offen stehende Vereinigung *Horizon Écologie* gegründet, die die grüne Partei für Mitglieder verschiedener Vereine, Gewerkschafter und andere Akteure der Zivilgesellschaft öffnen sollte. Wenige Monate später kündigte er im Vorfeld der Europawahlen seine Kandidatur an und lancierte während der Sommeruniversität der Grünen in Toulouse die Idee einer Sammelbewegung und konkretisierte dabei die Ziele seiner Vereinigung unter dem Namen *Europe Ecologie*. Mit 16,3% der Stimmen lagen die Grünen nur um einige Zehntel hinter den Sozialisten an dritter Position und erzielten damit einen

unerwarteten Wahlerfolg. Bei der für sie traditionell günstigen Wahl bekamen sie Zulauf von einem Teil der sozialistischen Wähler und der Wähler der Zentrumsparterie MoDem (Mouvement Démocrate – Demokratische Bewegung). Daher beschlossen sie, das Netzwerk zu erweitern und an den bei den Regionalwahlen 2010 gewonnenen Erfahrungen anzuknüpfen. Danach haben die beiden »Gruppen«, die grüne Partei und Europe Écologie, ihre Fusion mit dem Ziel in Angriff genommen, eine breitere politische Bewegung zu schaffen, die der Gesellschaft offensteht und in Vorbereitung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 neue Wege gehen will. Im Oktober 2010 konnten sich die Mitglieder von Europe Écologie auf Parteitage zum Statut und zum Manifest der neuen Partei äußern, die sie mit 84% bzw. 90% Zustimmung annahmen. Doch auch wenn die grünen Mitglieder sich für die Gründung einer neuen Bewegung mit einem Statut und einem Manifest aussprachen, das sie zuvor mit 85% der Stimmen angenommen hatten, bleiben doch noch zahlreiche Unwägbarkeiten hinsichtlich einer ökologischen Präsidentschaftskandidatur für 2012 bestehen. Die Europaabgeordnete Eva Joly hält sich als Kandidatin bereit, doch Nicolas Hulot,²³ der in den Umfragen nach wie vor sehr populär ist, beabsichtigt ebenfalls zu kandidieren. Der Kandidat der Grünen wird im Juni oder September 2011 bei offenen oder internen Vorwahlen ernannt werden. Die Grünen – Europe Écologie verkörpern eine neue Art, Politik zu betreiben, die sich stärker an der Zivilgesellschaft orientiert und den Stil der Sozialisten abgelegt hat.

Schlussendlich nimmt die Landschaft der Linken in Bezug auf ihre Kandidaten ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen langsam Form an. Es wird neben dem sozialistischen Kandidaten, der im kommenden Oktober in den Vorwahlen ermittelt wird, ganz sicher einen grünen Kandidaten, Jean-Luc Mélenchon und zwei weitere Kandidaten aus den Reihen der extremen Linken geben. Der Aufschwung des Front National (FN), von dem die Umfragen und der Erfolg bei den Kantonalwahlen zeugen, lässt die Angst vor einem neuen »21. April« aufkommen, jenem Datum im Jahre 2002, an dem die gesplattene Linke es nicht in den zweiten Wahlgang geschafft hatte. Die PS malt

dieses Gespenst an die Wand, um die Linke und insbesondere die ökologische Bewegung zu zwingen, sich ihrer Kandidatur anzuschließen, und die Wähler zu einer »zweckmäßigen Wahl«, d. h. einer Wahl für den sozialistischen Kandidaten schon beim ersten Wahlgang zu überzeugen. Doch auch die Rechte ist gespalten; der FN bildet auch für sie eine Gefahr. Die Präsidentsialisierung des politischen Systems zwingt alle Parteien, eine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen zu präsentieren, um die Wahlbündnisse zu den Parlamentswahlen besser auszuhandeln. Es kann also die Hypothese aufgestellt werden, dass ungeachtet der erbitterten Konkurrenz im ersten Wahlgang die Bedingungen für einen Zusammenschluss der Linken im zweiten Wahlgang – sicher zugunsten des sozialistischen Kandidaten – gegeben sind.

Ideologisch gesehen bleibt die Linke anfällig. Ihre Vorschläge sind noch unklar und kaum glaubwürdig. Nicolas Sarkozys geschwächte Position hängt weniger mit seinen Ideen als mit seinem Stil und den mangelnden Ergebnissen zusammen. Unter diesen Bedingungen muss die Linke eine politische Agenda und ein Wahlprogramm definieren, die soziale Anliegen ins Zentrum der Auseinandersetzung stellen, was 2007 noch versäumt worden war.

Rémi Lefebvre ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Lille 2 und Wissenschaftler am CERAPS (Centre d'études et de recherches administratives, politiques et sociales – Zentrum für administrative, politische und soziale Studien und Forschungen);
Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

Bibliografie

- Martine Revel, Cécile Blatrix, Loïc Blondiaux, Jean-Michel Fourniau, Bertrand Heriard Dubreuil und Rémi Lefebvre (Hrsg.), *Le débat public : une expérience française de démocratie participative*, La Découverte, 2007.
- Lefebvre und Antoine Roger (Hrsg.), *Les partis politiques à l'épreuve des procédures délibératives*, Rennes 2009.
- Lefebvre (Hrsg.), *Les transformations du militantisme socialiste*, Recherche socialiste, 46–47, OURS, 2009.
- Lefebvre, *Leçons d'introduction à la science politique*, Paris 2010.

Anmerkungen

- 1 Raffaele Simone, *Le monstre doux*, Paris 2010.
- 2 Nicolas Sarkozy in *Le Figaro*, 17.4.2007. Antonio Gramsci, Gründer der Kommunistischen Partei Italiens und politischer Theoretiker, maß in seinen Arbeiten der kulturellen und ideologischen Hegemonie bei der Ausübung der politischen Herrschaft große Bedeutung bei.
- 3 Das Wahlergebnis von 2007 lässt sich klar nach den Schul- und Studienabschlüssen analysieren. 53% der Hochschulabsolventen stimmten im zweiten Wahlgang für Ségolène Royal. 59% der Wähler ohne Studienabschluss oder mit einer einfachen Ausbildungsbescheinigung und 53% der Menschen mit einem Berufsabschluss in der Art eines BEPC, CAP, BEP stimmten für Nicolas Sarkozy (Untersuchung TNS Sofres, Juni 2007).
- 4 Vgl. Lefebvre und Frédéric Sawicki, *La société des socialistes*, Paris 2006.
- 5 Durch die Anklage in New York am 15. Mai 2011 wegen eines Sexualdelikts ist seine Kandidatur bei den Vorwahlen allerdings erheblich gefährdet, sollte keine Wendung eintreten. Die juristischen Verfahren in den Vereinigten Staaten sind sehr langwierig.
- 6 Diese Krise ist differenziert zu betrachten, da die PS lokal gut positioniert ist und die zahlreichen Berufspolitiker in ihren Reihen sich mit dem nationalen Status einer Oppositionspartei durchaus abfinden. Vgl. auch unseren Artikel »Faire de la politique ou vivre de la politique« in *Le Monde diplomatique*, Oktober 2009.
- 7 Olivier Ferrand und Arnaud Montebourg, *Primaire. Comment sauver la gauche*, Paris 2009. Auf Deutsch vgl. zu beiden Autoren »Präsidentenwahlen in Frankreich 2012: ›Offene Vorwahlen‹ der Sozialistischen Partei eröffnen ein neues demokratisches Zeitalter«, Paris, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/07757.pdf>>.
- 8 *Primaire. Comment sauver la gauche*, op. cit. (Anm. 7), S. 74.
- 9 Der Allgemeine Sozialbeitrag (CSG) ist eine Steuer, die im November 1990 eingeführt wurde und zur Kofinanzierung der sozialen Sicherungssysteme dient.
- 10 Der Spitzensteuersatz ist eine steuerliche Regelung, welche die Gesamtbesteuerung des Steuerzahlers deckelt. Die Befürworter sprechen von einer Maßnahme, die die Rolle eines Schutzschildes in einem Steuersystem spielt, in dem die Überlagerung mehrerer Steuern in gewissen Einzelfällen zu einer Besteuerung führen kann, die einen als zu hoch anzusehenden Teil der Einkünfte absorbiert. Für seine Gegner ist der Spitzensteuersatz eine Maßnahme, durch die den öffentlichen Finanzen viel Geld verloren geht und von der die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung profitieren.
- 11 Schaffung von 300 000 zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen in innovativen Umweltbereichen und im sozialen Bereich, Bildungspakt zwischen den Lehrern und der Nation, Umgestaltung des Unterrichtsablaufs in den Schulen, Aufwertung des Lehrerberufs ...
- 12 Martine Aubry, *Pour changer de civilisation*, Paris 2011.
- 13 Ebenda.
- 14 François Hollande und Pierre Favier, *Droit d'inventaires*, Paris 2009.
- 15 François Hollande in *Le Monde*, 2.11.2009.
- 16 Vgl. Emmanuel Todd, *Après la démocratie*, Paris 2008.
- 17 Nicolas Sarkozy in *Le Monde* im Januar 2007.
- 18 Jean-Claude Monod, *L'urgence d'une social-écologie*, in *Libération*, 16.6.2009.
- 19 Die Neue antikapitalistische Partei (Nouveau Parti anticapitaliste – NPA) ist eine Partei, die von den Medien und einem Teil der politischen Klasse dem extrem linken Spektrum trotzkistischer Tradition zugeordnet wird. Sie konstituierte sich im Februar 2009 als Ergebnis eines von der revolutionären kommunistischen Liga initiierten Gründungsprozesses. Ihr Ziel war es, der Bewegung links von der Linken neue Impulse zu verleihen.
- 20 Vgl. die Website der französischen Linkspartei: <<http://www.lepartidegauche.fr>>.
- 21 Jean-Luc Mélenchon, *Qu'ils s'en aillent tous !*, Paris 2010.
- 22 Die PCF-FKP ist die Partei, deren gewählte Vertreter den weitaus größten Beitrag leisten (2007 waren es 17 Millionen bei ihr, 1,8 Millionen bei der UMP und 12 Millionen bei der PS).
- 23 Nicolas Hulot ist ein französischer Reporter und Schriftsteller. Mit seiner Fernsehsendung »Ushuaïa«, die wirkungsvoll und erfolgreich ist, engagiert er sich im Vorfeld für die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit zu Umweltfragen. 2007 hatte er zunächst gezögert, seine Kandidatur zu präsentieren. Nachdem er sich doch zu einer Kandidatur entschlossen hatte, um den dringenden ökologischen Fragen in der Wahlkampagne ein größeres Gewicht zu geben, zog er sie im Januar 2007 nach der Unterzeichnung des ökologischen Pakts durch die meisten Kandidaten der »Regierungs«parteien wieder zurück.